



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Franz Rieger, Robert Brannekämper, Petra Guttenberger, Sandro Kirchner, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Gudrun Brendel-Fischer, Alex Dorow, Norbert Dünkel, Dr. Ute Eiling-Hütig, Klaus Holetschek, Dr. Martin Huber, Otto Lederer, Benjamin Mis-kowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzinger, Franz Josef Pschierer, Helmut Radlmeier, Barbara Regitz, Berthold Rüth, Alfred Sauter, Andreas Schalk, Ulrike Scharf, Josef Schmid, Karl Straub, Klaus Stöttner, Walter Taubeneder, Peter Tomaschko und Fraktion (CSU),**

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 18/145

Brexit – die engen und freundschaftlichen Beziehungen mit dem Vereinigten Kö-nigreich aufrechterhalten

Der Landtag beobachtet mit Sorge die aktuellen Entwicklungen in Bezug auf den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union zum 29.03.2019. Trotz fast zweijähriger Verhandlungen konnte bis heute keine Vereinbarung für einen geregelten Austritt aus der Europäischen Union erzielt werden. Die Unsicherheit ist größer denn je.

Sowohl der Freistaat Bayern als auch sämtliche Kammern und Verbände in Bayern be-fassen sich in engem Austausch seit langer Zeit pro-aktiv mit dem Brexit und seinen Folgen. Dazu gehören auch die Aufklärung und Vorbereitung der bayerischen Unter-nehmen auf den möglichen „worst case“ eines Austritts ohne Vereinbarung.

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, unter Wahrung der Geschlossenheit und der gemeinsamen Position der übrigen 27 Mitgliedstaaten auf Bundes- und Europaebe-ne darauf hinzuwirken, dass nach einem erfolgten Brexit – unabhängig in welcher Form – die engen und freundschaftlichen Beziehungen Deutschlands und Bayerns mit dem Vereinigten Königreich aufrechterhalten und nach Möglichkeit ausgebaut werden. Das Vereinigte Königreich bleibt ein Freund und zentraler Partner in Europa.

Die Präsidentin

Ilse Aigner